



Lindauer Hoybote

Seite 2 „Yes, we can!“ – auch in Lindau:
Energiesparstadt muss keine Vision bleiben

Seite 3 Irgendetwas war seltsam ...
Flächennutzungsplan? – Flächenverbrauchsplan!

Seite 4 Dubiose Gutachten: Bahnmanagement
macht Stimmung gegen die Bahn

Bunte Nein-Sager? Die Haushaltsrede der Bunten Liste:

„Ja“ zu einer soliden, sozialen und ökologischen Stadtpolitik

Die Bunte Liste Lindau dankt allen Mitarbeitern in der Verwaltung, den städtischen Betrieben und Regiebetrieben, den Stadtwerken, Entwässerungswerken und der GWG! Die Bunten schließen die Mitarbeiter von ProWeihnachtsmarkt/ProLindau in ihren Dank ausdrücklich mit ein! Trotzdem werden wir weiterhin dafür kämpfen, diese freiwillige Leistung der Stadt Lindau abzuschaffen oder ProLindau jenen umsonst zu überlassen, die davon am allermeisten und permanent profitieren – der Hotellerie, Gastronomie und den Träumern eines Lindauer Kongresszentrums.
Zustimmung oder Ablehnung des Haushalts 2009?

Gute Gründe für eine Ablehnung

- 1 Mio Euro für ProWeihnachtsmarkt sind und bleiben eine Million Euro zu viel für eine Stadt, in der sich fraktionsübergreifend alle zur Priorität des Schuldenabbaus bekennen. Dass ProLindau sich selbst finanziert aus Kurtaxe und Fremdenverkehrsbeitrag, ist ein Mythos, der durch ständige Wiederholung nicht richtiger und wahrer wird. Denn die Einnahmen aus Kurtaxe und Fremdenverkehrsbeitrag sind ja bekanntlich keine mühsam erbrachten Leistungen von Gastronomie, Hotellerie oder der Lindauer Wirtschaft, die diese aus der eigenen Tasche bezahlen müssen. Zur Erhebung von Kurtaxe und Fremdenverkehrsbeitrag ist die Stadt berechtigt auch ohne die Existenz von ProLindau. Denn die Stadt verfügt über eine vorzügliche, kostenintensive, touristische Infrastruktur, bestehend aus fünf Bädern, Stadtgärtnerei und Bauhof.
- 90.000 € für das von allen heiligen Geistern verlassene Heilig-Geist-Hospital sind 90.000 € zu viel. Übrigens: Das größte Haushaltsrisiko für 2009 enthält die gegen die Stimmen der Bunten Liste von SPD, CSU, Freien Bürgern und WL Anfang der 90er-Jahre beschlossene Bürgerschaft in Höhe von 2,5 Millionen Euro.



Nobel, nobel – 1 Mio für ProLindau ist genau 1 Mio zu viel.

- 350.000 € für ein Parkleitsystem fallen ebenfalls in die Rubrik Steuergeldverschwendung! Hier wird der automobilen Gesellschaft Tribut gezollt. Doch der MIV – der motorisierte Individualverkehr (also das Autofahren) – muss in Zeiten von Klimawandel und Feinstaubbelastung durch die Kommunen nicht gefördert werden. Das Parkleitsystem jetzt als Beitrag zur Feinstaub-Verminde- rung zu verkaufen, ist genauso überzeugend, als ob man einen Porsche Cayenne als Sprit sparendes Öko-Auto des Jahres prämiieren würde.
- 70.000 € für einen Parkplatz am Ende der Eichwald- straße sind ebenfalls überflüssig.
- Nicht betragsmäßig aber buchungstechnisch falsch ist es, die Rechtsberatungskosten im Zusammenhang mit dem Kauf des Seehafens im allgemeinen Verwaltungshaushalt einzustellen. Wenn man das Haus- haltsmantra von „Kostenklarheit und Kostenwahrheit“ ernst nimmt und konsequent anwendet, dann gehören die für 2009 vorgesehenen 50.000 € und die 188.000 € Rechtsberatungskosten, die in Sachen Seehafen bislang bezahlt worden sind, in den Haushaltsplan des „Re- giebetriebs Grundstücksmanagement“. Den Kauf des Hafens können viele Bunte mittragen, solange sich das rechnet und daraus kein Draufzahlgeschäft wird. Nach

den bislang vorliegenden Informationen rechnet sich der Hafenkau. Wir hoffen, dass es dabei bleibt. Nur soll- ten wir ehrlich rechnen und alle damit zusammenhän- genden Kosten auch dort in die Bilanz einstellen, wo sie hingehören.

Gründe für die Zustimmung zum Haushalt 2009

- 0.- Euro für ein neues Kongresszentrum. Das ist haushalterisch klug, weise und weitsichtig. Entgegen den vollmundigen, aktionistischen Ankündigungen von OB Seidl – getrieben von Lindauer Zeitung und Einflüs- terern aus IHK-Kreisen –, bis zum Jahresende werde eine „Arbeitsgruppe Kongresshalle“ Vorschläge unter- breiten, stehen wir vor dem Nichts!
Die Bunte Liste sagt: Danke, weiter so!

- Beim Tagungsthema ist der Stadtrat seit Sommer 2007 sehr gut informiert. Uns liegen Gutachten, Berechnungen, Pläne vor. Fazit: Kein Investor ist so blöd und baut und betreibt auf eigenes wirtschaftliches Risiko ein neues Kongresszentrum!
Wir wissen: „Zeitgemäße“ Tagungshallen, die im Mini- mum 20 Mio € kosten, können realisiert werden, wenn die Stadt dafür mindestens 1,7 Mio € pro Jahr als Be- triebskostenzuschuss bezahlt. Die Tagungshallen-Frage ist also seit 2007 entscheidungsreif.

Wem also das Tagungsgeschäft so wichtig ist, der muss dann beantragen, 1,7 Mio € als Ausgabe in den Verwal- tungshaushalt zu stellen. Und dann muss er sagen, wo Lindau mehr einnehmen und/oder einsparen kann. Doch hier war bei den diesjährigen Haushaltsberatun- gen – wie die Jahre zuvor – Fehlzanzeige!

- Der SPD-Antrag, „1 Mio Euro mit Sperrvermerk“ in den Haushalt einzustellen, war halbherzig, was am Sperrvermerk erkennbar war. Der Antrag war zaghaft, was am raschen Rückzieher der SPD deutlich wurde. Der „1-Mio-Euro-Sparvorschlag“ der Genossen ist auch eine Mogel-Packung. Denn selbst, wenn wir im Ver- mögenshaushalt jedes Jahr fleißig 1 Mio Euro für eine neue Kongresshalle ansparen würden, würden wir jetzt erst einmal zwanzig Jahre lang sparen müssen, um die heute für ein Minimum als notwendig erachteten 20 Mio Euro beisammen zu haben. Entscheidender ist aber, dass wir 1,7 Mio Euro im Verwaltungshaushalt locker machen müssten für den Bau und laufenden Betrieb einer modernen, zeitgemäßen Tagungshalle.
Nach bisherigem Kenntnisstand geht das nur durch unverhoffte massive und dauerhafte Steuermehrein- nahmen und Schlüsselzuweisungen, durch massive Steuererhöhungen oder massiven Personalabbau in der Stadtverwaltung oder die Abschaffung von ProLindau oder die Wiederaufnahme der alten Schuldenpolitik. Für keine dieser Möglichkeiten ist derzeit ein realisti- scher Ansatz erkennbar.

- Entgegen landläufiger Wahrnehmung ist die Bunte Liste beim Hallen-Thema nicht nur kritisch oder dest- ruktiv. Nein, wir sind bereit, konstruktiv mitzuwirken bei einer Ertüchtigung der Inselhalle. Das wird von uns mitgetragen. Wir haben uns auch im letzten Wahlkampf nicht davor gescheut, zu sagen: „Steuern ‘rauf für die Inselhalle!“ Unser Finanzierungskonzept für das Projekt „Inselhalle – eine Halle für alle“ lautet:

„Ein Viertel der Kosten wird über den städtischen Haushalt bezahlt. In diesem Umfang nutzen jetzt und auch weiterhin die LindauerInnen mit ihren Vereinen die Inselhalle. Damit der Haushalt das hergibt, wird die Gewerbesteuer kräftig erhöht. Die restlichen drei Viertel müssen aus der Tourismusbran- che kommen. Über eine deutliche Erhöhung der Kurtaxe und Einnahmesteigerungen bei ProLindau kann ein bescheidener Umbau finanziert werden.“

- Von einem „Regiebetrieb Gebäude- und Energiema- nagement“ ist jetzt zu lesen. Das ist ein Novum und Beweis für die Vernunft, Weitsichtigkeit und Zukunfts- fähigkeit von Stadtrat und Verwaltung. Hier ist es angebracht, fraktionsübergreifend ein Lob auszuspre-



Sollten die Überlegungen und Haushaltsberatungen in diesem Jahr in die richtige Richtung gehen, wird eine aufgehübschte, erweiterte und zeitgemäße Inselhalle nicht an der Bunten Liste scheitern.

chen und allen KollegInnen dieses Lindauer Stadtrats zu danken, die diese bunte Idee sofort offen und positiv aufgegriffen und auf deren Umsetzung gedrängt haben. Das ist eine wahre Sternstunde dieses Stadtrats. Die Verwaltung ersuchen wir um Nachsicht, wenn wir hier manchmal zu sehr drängeln und ungeduldig drücken, ja antreiben. Nun, in Herzensangelegenheiten kann es manchmal ungestüm werden.

- 250.000 € sind trotz anfänglichen Zauderns von Bau- und Schulamt nun doch sofort für den Beginn und Einstieg in die energetische Sanierung der Haupt- und Grundschule Reutin in den „Regiebetrieb Gebäude- und Energiemanagement“ eingesetzt worden. Es kann 2009 also losgehen.

- 10.000 € für ein Schulentwicklungs-konzept sind ebenfalls ein Novum und deshalb ein weiterer Grund für die Bunte Liste, dem Haushalt die Zustimmung zu erteilen. Der Ansatz ist materiell zwar klein, aber umso bemerkenswerter. Auch hier zeigt der Stadtrat Vernunft, Weitsichtigkeit, Zukunftsfähigkeit und noch mehr: Er zeigt Handlungsfähigkeit und Eigeninitiative. Wir begnügen uns nicht mehr mit der passiven Rolle des Sachaufwandsträgers. Wir warten nicht mehr auf den Schul-Messias in Gestalt eines neuen, innovativen Schuldirektors oder die göttliche Erleuchtung von Kul- tusministerium und Schulamt.
Nein: Lindau bringt die Schulen selbst voran – aktiv zusammen mit den Lehrern, Eltern, Schülern.

- 5.000 € mal 7 Schulhöfe in Form von Verpflichtungs- ermächtigungen runden diesen Pro-Schulen-Haushalt symbolisch ab und verdeutlichen noch einmal, dass Bil- dung und Schulen bei allen Stadtratsfraktionen oberste Priorität genießen.

- 126.000 € für Radwege in der Ludwig-Kick-Straße/Schul- zentrum/Rickenbacher-Straße sind zwar nur ein Drittel der Kosten für das Park-„Leid“- System, aber da wollen wir jetzt nicht zu kleinlich sein. Das sind gut angelegte Mittel für eine radfahrerfreundliche Kleinstadt, die ergänzt und flankiert werden durch weitere Verpflich- tungsermächtigungen in Gesamthöhe von 171.000 €.

Fazit der Gesamtabwägung

Dieser Haushalt war in seinen Beratungen geprägt durch einen kollegialen, konstruktiven Stil aller Akteu- re. Dieser Haushalt ist in seinem Kern solide, sozial und ökologisch. Er ist geprägt von Weitsichtigkeit, Zukunfts- fähigkeit, Vernunft und Bescheidenheit. Die Bunte Liste Lindau hofft, dass es auch in Zukunft dabei bleibt und kann deshalb diesem Haushalt zustimmen.



Energiesparstadt muss keine Vision bleiben

„Yes, we can!“ – auch in Lindau

CO₂-Reduktion, Ressourcenschonung, Unabhängigkeit von Energieimporten: Es gibt mehrere Anlässe sich über die Versorgung mit Energie Gedanken zu machen. Auch trotz der beruhigenden Worte von Gaswirtschaft und Stadtwerken, wonach es keinen Versorgungsengpass mit Gas geben wird: Wollen wir es wirklich darauf ankommen lassen, dass es bei uns soweit kommt wie bei den Menschen in Bulgarien, Ungarn, Serbien und der Slowakei: ein kalter Winter und kein Gas zur Verfügung?



Die Energiesituation in Lindau

In Lindau werden pro Jahr schätzungsweise 570.000 Megawattstunden Energie in Form von Heizöl, Erdgas, Strom und anderen Brennstoffen verbraucht. Das entspricht einer Menge von 57.000 Tonnen (t) Heizöl. Etwa 60 % verbrauchen die Haushalte, die anderen

40% benötigen Gewerbe und Industrie. Hinzu kommen nochmals 24.000 t Benzin oder Diesel für Autos und LKWs. Insgesamt verbraucht Lindau eine vergleichbare Energiemenge von umgerechnet 81.000 t Heizöl pro Jahr. Das wäre eine 40-Tonner-Tanklastwagenflotte mit 2743 Fahrzeugen pro Jahr, mit einer Gesamtlänge von 45 km. Experten, u.a. die Association for the Study of Peak Oil and Gas (ASPO) und die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), rechnen, dass die maximale Förderquote an Erdöl – auch in Form von Ölsand und Ölschiefer – in den nächsten Jahren erreicht sein wird. Nachdem der weltweite Energiehunger nach wie vor stark zunimmt, steht einer Energiepreisexplosion nichts im Wege. Einen Vorgeschmack haben wir bereits letztes Jahr erlebt. Und jetzt dürfen wir wieder einmal feststellen, dass wir außerdem vom „good will“ der Energieförderländer abhängig sind.

Und der CO₂-Ausstoß?

Der beträgt einschließlich der vorgelagerten Prozesse (Gasförderung und Transport, Öltransport und Aufbereitung, Stromerzeugung) für Lindau etwa 212.872 t im Jahr. Das entspricht einer CO₂-Gasblase von etwa 116.255.805 m³, oder – auf die Inselfläche von Lindau bezogen – pro Jahr einer Höhe von 171 m (ca. 5-mal so hoch wie der Leuchtturm).

Um zu vermeiden, dass in wenigen Jahren ein zu kurz greifender, blinder und teurer Aktionismus herrscht, sollte sich Lindau jetzt auf die kommende Klima- und Energieproblematik einstellen und endlich ein kommunales Energiekonzept entwerfen und umsetzen. Unsere Nachbargemeinde Wasserburg macht es vor.

Sofort umsetzbare Anregungen

Energieberatung

Seit der Schließung des Landkreis-Energieberatungszentrums findet die unabhängige Energieberatung von eza! in der Stadtverwaltung, Einwohnermeldeamt, jeden Mittwoch von 8 bis 18 Uhr statt. Diese Energieberatung muss erhalten und ausgebaut werden, denn nur eine unabhängige Energieberatung gewährleistet brauchbare Antworten auf Energiefragen, bietet Hilfe für eine sinnvolle ökonomische energetische Sanierung eines Gebäudes und sorgt für eine optimale Ausschöpfung der inzwischen undurchschaubar gewordenen Fördermöglichkeiten. Immerhin besuchen inzwischen etwa 100 Personen pro Jahr die Energieberatungsstelle in der Stadtverwaltung. Es können durch gezielte Bewerbung der Stadt ruhig noch mehr werden. Dass die Ratsuchenden die bei der Beratung besprochenen Maßnahmen meist umsetzen, sehe ich, wenn ich als ehemaliger Energieberater des Landkreises an Gebäuden vorbeigehe, deren Besitzer ich beraten habe.

Passivhaus

Das Passivhaus ist der weltweit führende Standard beim energiesparenden Bauen. Die Energiekosten betragen gegenüber dem gesetzlich vorgeschriebenen Neubau-Standard der Energieeinsparverordnung weniger als ein Fünftel. Passivhäuser sind wirtschaftlich. Die EU verfolgt deshalb eine Strategie, um die Verbreitung dieses Gebäudestandards bis 2015 voranzutreiben. In Deutschland ist etwa jedes 1000ste Gebäude ein Passivhaus. Auch in Lindau wurden bereits Passivhäuser gebaut. Seit Januar 2007 müssen alle Neubauten von gemeinnützigen Wohnbauträgern in Vorarlberg verpflichtend in Passivhaus-Qualität realisiert werden. Auch Bürohäuser, Schulen, Produktionsgebäude, Turnhallen, Kindertagesstätten u. a. wurden bereits erfolgreich als Passivhaus gebaut oder umgebaut.

Für Lindau ergeben sich daraus folgende Überlegungen:

- Überprüfung der Bebauungspläne, inwiefern der Passivhausstandard als energetisch effizienteste Baumaßnahme durchgesetzt werden kann.
- Unterstützung der GWG beim Neubau und bei der energetischen Sanierung des Hausbestandes zu Passivhäusern.
- Untersuchung, inwiefern die Grund- und Hauptschulen Lindaus und andere Gebäude in der Aufwandsträgerschaft Lindaus zu Passivhausgebäuden saniert werden können.

Bei der Grund- und Hauptschule Reutin wurde bereits ein Anfang gemacht. Weiter so! Jedes funktionierende Passivhaus hat zufriedene Bewohner – es sei denn, man hat sich als Bauherr oder Bauträger nicht genügend mit den Konstruktionsdetails befasst. Auch Bestandsgebäude lassen sich zu Passivhäusern umbauen, mit einer Reduktion des Energieverbrauchs auf 10 % des ursprünglichen Werts. Darin liegt die Zukunft – und die bautechnische und architektonische Herausforderung.

Solarstadt Lindau

Zum 1.1.2009 ist das „Erneuerbare Energien Wärme-gesetz“ (EEWärmeG) in Kraft getreten. Kernpunkt dieses Gesetzes ist, bei Neubauten einen gewissen Anteil an erneuerbaren Energien, z. B. in Form von Solaranlagen, durchzusetzen. Deshalb ist es wichtig, bei Neubauten darauf zu achten, dass die Anforderungen dieses Gesetzes umgesetzt werden. Kann das das Bauamt leisten? Wie effizient sind die Baukontrollen?

Im Sommer, wenn die Sonne am stärksten scheint, sind auch die meisten Touristen in Lindau. Doch – traurig, aber wahr: Lindauer Hotels, Pensionen und Gaststätten kaufen lieber ein Energieanteil von umgerechnet 220.000 Liter Heizöl in Form von Gas, Heizöl und Strom ein, anstatt im Sommer die kostenlose Energiequelle am Himmel für Dusch- und Abwaschwasser zu nutzen. Am Geld kann es nicht liegen, denn Solaranlagen werden für gewerbliche und öffentliche Bereiche vom Bund gefördert.

Kommunales Energiemanagement

Immer mehr Gemeinden, Städte und Landkreise wollen die Energieeffizienz ihrer Liegenschaften verbessern um ihre Energiekosten zu senken. Gleichzeitig wird Klimaschutz und somit vorbildliche Umweltpolitik betrieben. Erfahrungen zeigen, dass etwa 5–10 % an Energie und somit an Kosten eingespart werden können. Diese Einsparungen ergeben sich aus dem energiesparenden Verhalten der Nutzer und der Gebäudeverantwortlichen, durch organisatorische Verbesserungen und Optimierungen der Einstellungen – also ohne große Investitionen.

Mit den eingesparten Kosten ließen sich Energieeinsparmaßnahmen finanzieren. Damit würde ein Dominoeffekt ausgelöst werden, der zu einer nachhaltigen Senkung der Energiekosten führen würde.

Energieausweis

Seit dem 1.10.2007 ist der Energieausweis für alle beheizbaren Gebäude Pflicht geworden. Ab dem 1. Juli 2009 sind alle Gemeinden und Kreise verpflichtet für ihre Gebäude mit mehr als 1000 m² Nutzfläche einen Energieausweis öffentlich auszuhängen. Damit wird auch für einige Lindauer Schulen und Verwaltungsgebäude der nicht besonders energiesparende Charakter dieser Einrichtungen sichtbar. Für alle anderen Gebäude muss ein Energieausweis vorliegen. Der Energieausweis bietet die Chance bei den betroffenen Gebäuden genauer hinzusehen und über eine detaillierte Schwachstellenaufnahme ein sinnvolles energetisches Sanierungskonzept zu entwerfen.

Seeholz

Eine nahezu kostenlose Energiequelle liefert der Bodensee durch das jährlich angeschwemmte Holz. Umgerechnet liefert der See Jahr für Jahr etwa 1.354 MWh Energie, was einer Heizölmenge von etwa 135.000 Liter Heizöl entspricht. Mit dieser Energiemenge könnte man etwa 100 durchschnittlich gebaute Wohnungen beheizen.

- Die ZAK-Energie GmbH könnte zusammen mit den Stadtwerken Lindau ein entsprechendes Holzhackschnitzel-Projekt verwirklichen, anstatt das Holz nach Kempten zu karren und dort im Heizkraftwerk zu verbrennen.

Nahwärmenetze – Nutzung rationeller Energietechnik

Um die fossilen Energieträger zu schonen, stehen erprobte Techniken zur Verfügung.

- Blockheizkraftwerke erzeugen gleichzeitig Strom und Wärme und nutzen dabei den Brennstoff besonders effizient.

- Absorptionswärmepumpen nutzen Umweltwärme und erreichen auch mit herkömmlichen Radiatoren überdurchschnittlich hohe Wirkungsgrade.
- Holzhackschnitzel- und Holzpelletkessel nutzen den erneuerbaren Brennstoff Holz.

Diese Techniken können besonders effektiv in so genannten Nahwärmenetzen eingesetzt werden. Neben der Einsparung an CO₂ wird wegen des sparsamen Energieeinsatzes und der Nutzung heimischer Brennstoffe auf Dauer der Energiekostenanstieg in Grenzen gehalten.

Die Stadtwerke haben durch den Wärmevertrieb die Möglichkeit, das entsprechende Potential in Lindau zu untersuchen und zu erschließen.

Die Untersuchung der Stadtwerke zu einer Nahwärmeversorgung des Lindauer Schulzentrums auf der Basis von Holzhackschnitzeln bis Ende März lässt hoffen.

Mit den hier genannten Maßnahmen bleibt mehr Geld in der Region und fließt nicht an große Energiekonzerne, Ölscheichs oder russische Oligarchen ab.

STEFFEN RIEDEL

Alle Jahre wieder:

Laubbläser

Bayerisches Staatsministerium für
Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

PRESSEMITTEILUNG
Nr. 0629/8



24. Oktober 2008

Wörter: Laubbläser belasten Mensch und Natur

+++ Bei den heutzutage an Gasanschlüssen heißen Stellen aus ökologischen und sicherheitsrechtlichen Überlegungen nicht mehr genutzt werden, das Bayerische Umweltschutzministerium in München, der Umwelt und den Nachbarn auf Laubbläser zu verzichten. Mithilfe der Laubbläser, zum Beispiel im Garten, im Rasen und im Park, wird viel Laub in der Luft verweht. Für den Boden wertvolle Nährstoffe und Humus Laub bleibt deshalb auf unzufälligen Flächen, unter Bäumen und Sträuchern belassen werden. Die Laubbläser sind ein Beispiel für die Laubbläser- oder Laubbläsergefahr. In der Natur ein Laubbläser kann der Kreislauf der Nährstoffe durch den Laubbläser gestört werden. Die Laubbläser sind ein Beispiel für die Laubbläser- oder Laubbläsergefahr. In der Natur ein Laubbläser kann der Kreislauf der Nährstoffe durch den Laubbläser gestört werden. Die Laubbläser sind ein Beispiel für die Laubbläser- oder Laubbläsergefahr. In der Natur ein Laubbläser kann der Kreislauf der Nährstoffe durch den Laubbläser gestört werden.

Die meisten der Laubbläser haben mit einer 200 bis 400 km/h schnellen Laubbläser über der Boden. Wenn die Blätter aufsteigen, gibt es einen Teil der biologischen Funktion des Laubes auf der Straße. Laub gehört zum Ökosystem. Es ist ein wichtiger Teil für die Umwelt. Laubbläser sind ein Beispiel für die Laubbläser- oder Laubbläsergefahr. In der Natur ein Laubbläser kann der Kreislauf der Nährstoffe durch den Laubbläser gestört werden. Laubbläser sind ein Beispiel für die Laubbläser- oder Laubbläsergefahr. In der Natur ein Laubbläser kann der Kreislauf der Nährstoffe durch den Laubbläser gestört werden.

Die Bayerische Staatsregierung geht mit dem Laubbläser und will auf klassischen Jagdmotoren keine Laubbläser und Laubbläser sein.

Unser Antrag auf den Verzicht von Laubbläsern im Sinne der ministeriellen Pressemitteilung, wurde im Bau- und Umweltausschuss von allen Fraktionen „abgebügelt“, wie Michael Brandt in seinem hämischen Bericht in der LZ schreibt. Besonders Stadtrat und Schulleiter Thomas Hummler, CSU, fand sein „Maß voll“ und den Antrag (siehe Homepage der Bunten Liste) „völlig überzogen“. Bauhof und Stadtgärtnerei meinen, die Geräte seien aus wirtschaftlicher Sicht „unverzichtbar“. Beim „Verzicht ... leidet das Erscheinungsbild der Touristiktstadt Lindau“. Dass ein Laubbläser mit jedem Liter Benzingemisch ca. 14.000 Liter Luft verpestet und etwa 3 kg CO₂ erzeugt, ist der Stadtratsmehrheit weniger wichtig!

LOTHAR HÖFLER



Irgendetwas war seltsam ...

Flächennutzungsplan? Flächenverbrauchsplan!

Nach vier Sitzungen einer so genannten Lenkungsgruppe war ein Leitbild der Stadt Lindau für den nächsten Flächennutzungsplan (FNP) entstanden, das mit zukunftsstauglicher Tinte geschrieben zu sein schien. Es ist von der Park- und Gartenstadt die Rede, von einem attraktiven Wohnstandort von hoher städtebaulicher Vielfalt und Qualität, charakteristischen und prägenden Landschafts- und Grünstrukturen und der einzigartigen Lage im und am Bodensee und vor den Alpen. Die zukünftige Entwicklung soll an die sensiblen landschaftlichen Gegebenheiten angepasst werden, Qualitätserhalt und -steigerung Vorrang vor weiterem Ausbau haben. Besonders herausgestellt werden Maßnahmen zum Schutz der Umwelt in allen kommunalen Handlungsfeldern, explizit genannt der Klimaschutz durch die Reduktion von Treibhausgas-Emissionen, der sparsame Umgang mit Grund und Boden sowie der Erhalt der Bodenseelandschaft. Der innerörtlichen Landwirtschaft wird eine tragende Rolle zugesprochen, Flächenrecycling vor Neuverbrauch gestellt, bestehende Flächen und Gebäude sollen revitalisiert, landwirtschaftliche Vorrangflächen gesichert werden. Die eingestreuten Hinweise auf den Verbrauch von neuen Flächen wie „maßvolle und sensible Neuausweisung von Wohnbauflächen“ oder die „Entwicklung von Gewerbeflächen an geeigneten Standorten, bevorzugt im Bereich bestehender bzw. im Anschluss an bestehende Gewerbeflächen“ sowie der Verzicht auf Industriegebiete ordnen sich dem Leitbild unter, das stark in Richtung eines nachhaltigen Umgangs mit dem nicht erneuerbaren Rohstoff „Fläche“ abgefasst wurde.

Kreide staubt aus manchem Munde ...

Was auf dieses Leitbild logischerweise folgen müsste, ist die Analyse, welche Flächen für eine Wiederverwendung zur Verfügung stehen, d. h. Flächen, die bebaut und aktuell nicht mehr genutzt werden oder im Rahmen der Geltungsdauer des neuen FNP absehbar frei werden. Dazu zählen Gewerbebrachen genauso wie Flächen, die wieder nutzbar werden, weil durch den demographischen Wandel eine sich grundlegend ändernde Situation auf dem privaten Immobiliensektor absehbar ist, die entsprechend dem Leitbild für neue Wohnbauprojekte oder Sanierungen vorrangig genutzt werden müsste. Die Stadt braucht zudem dringend die Möglichkeit, auf brachliegende Gewerbeflächen zuzugreifen. Wenn das Leitbild ernst genommen werden soll, müssen die Gebrauchtflächen, sowohl beim Wohnungsbau als auch bei der Gewerbeansiedlung, ausreichen. Gleichzeitig brauchen wir einen verbindlichen Maßnahmenkatalog zur Minimierung des Flächenverbrauchs im Gewerbe- und Wohnungsbau. Vor allem bei den Auto-Abstellflächen gibt es noch viel zu sparen.

Damit wären das Leitbild umgesetzt und die Anforderungen an eine nachhaltige Entwicklung beim Flächenverbrauch erfüllt.

In der 5. Sitzung des Lenkungsausschusses wurde dagegen aus dem Nichts ein Sack voller Flächen aus dem PC ausgeschüttet – von den Planungsbüros zwar auch

Fakten und Prognosen

Flächenverbrauch global ... und lokal

Weltweit werden 40% der Landfläche zur Nahrungproduktion verwendet, das entspricht einer Fläche von der Größe Südamerikas für die pflanzliche, der Afrikas für die tierische Produktion. Eine weitere Zunahme ist nur noch möglich, wenn die verbleibenden Ökosysteme durch Landnutzung weiter zerstört werden. Historisch wurden Städte auf den fruchtbarsten Böden mit guter Wasserversorgung gegründet. Allein der jährliche globale Bevölkerungszuwachs von 78 Mio. Menschen verbraucht pro Jahr ca. 3 Mio. Hektar (ha) hochwertiges Ackerland für das Wachstum der Städte. Bis 2025 gehen dadurch ca. 60 Mio. ha bestes Ackerland verloren, das entspricht der gesamten, landwirtschaftlich genutzten Fläche Europas. Durch das Wachstum der Wüsten und wüstenähnlicher Gebiete um etwa 5 Mio. ha pro Jahr fallen in diesem Zeitraum weitere 85 Mio. ha weg.

Durch Austrocknung und Versalzung wird der Beitrag der Mittelmeerländer zur Nahrungversorgung Deutschlands mittelfristig deutlich abnehmen. Nicht nur in Deutschland, auch in Indien und China werden pro 1 Mio. neuer Autos 20.000 ha landwirtschaftlich genutzte Flächen nur für Straßen und Parkplätze versiegelt. Dadurch gehen Ernteerträge verloren, mit denen in den letztgenannten Ländern 250.000 Menschen ernährt werden könnten.

anhand der Nachhaltigkeit entsprechender Kriterien gründlich bewertet; aber eben doch ein Großteil dessen, was vom Regionalplan und anderen übergeordneten Vorgaben von einer Bebauung nicht ausgenommen ist. Nach der Spielregel „bei geteilter Meinung bleibt die jeweilige Fläche im Rennen“ blieb in der Atmosphäre eines orientalischen Bazars damit erwartungsgemäß bis auf absolut nicht haltbare Flächen natürlich alles im Rennen. Ausschlusskriterien in Bezug auf den im Leitbild formulierten Erhalt der innerstädtischen Landwirtschaft und andere, auf nachhaltigen und sparsamen Umgang mit dem nicht erneuerbaren Rohstoff „Fläche“ abzielende Kriterien gingen im Lauf der Debatte völlig unter. Die Gesamtfläche für Wohnbebauung lag dabei noch über dem Szenario des höchsten zu erwartenden Bevölkerungszuwachses, obwohl die Einwohnerzahl der Stadt in den letzten 40 Jahren trotz guter gesamtwirtschaftlicher Entwicklung nicht zugenommen hat. Als anzustrebende Siedlungsdichte wurden 45 Menschen pro Hektar genannt, was unter Annahme einer vierköpfigen Familie einer Brutto-Grundstücksgröße von ca. 890 m² entspricht.

Bazarstimmung statt Orientierung am Leitbild

Der im Leitbild genannte Ansatz „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ wird zudem gründlich missbraucht, die „tragende Rolle des landwirtschaftlichen Familienbetriebes“ konterkariert, wenn ganze innerstädtische Landwirtschaftsbetriebe verschwinden können, Frischluftschneisen zugebaut, künftige Riesen-Baulücken geschaffen, Gewerbegebiete auf der grünen Wiese erheblich erweitert werden sollen, ein mehrere Hektar großes Gewerbegebiet auf der grünen Wiese in Schönau inzwischen nur deshalb wieder herausgenommen wurde, weil es eine Abfahrt Schönau erzwungen hätte, ein Flächenneuverbrauch nur für Wohnbebauung in der

Größenordnung von etwa 20 ha erwartet werden muss, wobei Reutin über alle Maßen „beglückt“ wird. Die vorhandenen „Gebrauchtflächen“ sind darin noch gar nicht enthalten.

Der Kreidestaub hat sich gesetzt, das „Weiter so wie bisher“ ist wieder da.

Eine Bestandsaufnahme der potenziellen „Recyclingflächen“, ein realitätsnahes Szenario der Bevölkerungsentwicklung sowie ein Katalog mit verbindlichen Maßnahmen zur Minimierung des Flächenverbrauchs fehlen bislang völlig. Falls dies im weiteren Verlauf des Verfahrens so beibehalten wird, ist die reale Erstellung des neuen FNPs ein oberflächliches, am größtmöglichen Verbrauch orientiertes Verfahren. Dessen weitere Entwicklung widerspricht dann diametral dem Leitbild, das die „einzigartige Lage im und am Bodensee und vor den Alpen“ so hervorhebt und die Behauptung aufstellt, „... die zukünftige städtebauliche Entwicklung erfolgt in Anpassung an die sensiblen landschaftlichen Gegebenheiten...“, von Nachhaltigkeit angesichts der immer drängenderen globalen Bedrohungen ganz zu schweigen. Hinter dem grünen Deckmantel bliebe es bei der Rohstoffbeschaffung und dem verschwenderischen, nicht zukunftsfähigen Umgang mit nicht erneuerbaren Ressourcen. Die im Leitbild eingestreuten Hinweise auf maßvolle Neuausweisung dürften dabei – wie sich bereits zeigte – rabiat als Rechtfertigung zur Durchsetzung selbst untragbarer Ausweisungen benutzt werden. Wäre es also nicht ehrlicher, das Leitbild so umzuschreiben, dass es diesen von der bürgerlichen Stadtratsmehrheit gewollten Zielen entspricht, damit Lindau weiterhin maßgeblich dazu beiträgt, dass Bayern deutscher Meister beim Flächenverbrauch bleibt: mit 160.000 m² pro Tag (bzw. deutlich mehr als die Fläche des gesamten Bodensees in 10 Jahren!).

PETER TRILOFF & ULI KAISER



Flächenverbrauch und kein Ende: Diese Außenbereichsfläche soll nach dem Willen einer Stadtratsmehrheit künftig als Gewerbefläche dienen.

Pro Grad Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur wird ein Rückgang der Erträge der Hauptgetreidearten um 6–10% erwartet. Bis 2025 wird die Bevölkerung um 1,2 Milliarden auf knapp 8 Milliarden Menschen zunehmen, wovon 70% in Städten leben werden.

Zunehmende Versiegelung

In Deutschland sind durch Siedlungs- und Verkehrsflächen momentan 13,5% der Gesamtfläche verbraucht, das entspricht der Fläche der 6 Bundesländer Thüringen, Schleswig-Holstein, Saarland, Berlin, Hamburg und Bremen zusammen. Der Flächenverbrauch liegt bei 114 ha/Tag bzw. der Fläche des Bodensees in etwa 9 Monaten. 2027 ist dann auch die Fläche von Sachsen verbraucht, Deutschland zu 22% versiegelt. Und stets betrifft dieser Verbrauch auch die besten landwirtschaftlichen Flächen im Umland der Städte. Gleichzeitig nehmen nicht mehr genutzte, innerstädtische Flächen um 9 ha pro Tag bzw. 3.200 ha pro Jahr zu. Insgesamt sind dies in Deutschland bereits 150.000 ha. Nach neuen Schätzungen zum ernährungsbezogenen Flächenbedarf können bei dem aktuellen Neuverbrauch jedes Jahr ca. 80.000 Menschen weniger von deutschen Äckern ernährt werden, der echte Selbstversorgungsgrad läge damit in der Größenordnung von nurmehr 50%.

Und bei uns in Lindau?

Für die Ernährung der Lindauer BürgerInnen würden danach ca. 12.000 ha Netto-Fläche benötigt: ein Quadrat mit ca. 11 km Seitenlänge. Lindau selbst hat eine Fläche von gerade einmal 3.318 ha. Der Flächenverbrauch in Lindau läuft trotz konstanter Einwohnerzahl nach dem gleichen Muster ab wie jener auf globaler Ebene: Häufig werden die besten landwirtschaftlichen Flächen der Nahrungsproduktion entzogen – und somit auch dem natürlichen Wasserabfluss, der Klimaregulation und der Biodiversität. Attraktivität und Erholungswert unserer Stadt leiden erheblich (z. B. Gewerbegebiet Autobahn, Rothmoos, Feuerwehr im Heuried). Durch den Flächenverbrauch, aber auch durch zunehmend intensivere Niederschläge aufgrund des Klimawandels steigt die Hochwassergefahr im Stadtgebiet. Der Flächen-Neuverbrauch besonders bei sinkender und konstanter Einwohnerzahl führt zu steigenden pro-Kopf-Infrastrukturkosten (Strom, Gas, Wasser, Abwasser, Hochwasserschutz, Straßen, Beleuchtung, Unterhalt, ÖPNV etc.), die auf die BürgerInnen umgelegt werden oder bei Subventionierung den städtischen Haushalt so stark belasten können, dass damit Anreize zu unsinnigen Privatisierungen geschaffen werden.

PETER TRILOFF

Bahnmanagement macht Stimmung gegen die Bahn

Dubiose Gutachten

Die bisherige bayerische Wirtschafts- und Verkehrsministerin Emilia Müller (CSU) berichtete in Ihrem Schreiben vom 26. August 2008 an die Stadt Lindau und bei ihrem Wahlkampfauftritt am darauf folgenden Tag in Lindau von einem Gutachten im Auftrag des Managements der DB Netz AG, in welchem für „den Erhalt der Inselanbindung“ durch die Eisenbahn von 20 bis 25 Mio. Euro die Rede sein soll. Warum aber brachte Frau Ministerin dieses Gutachten nicht umgehend mit nach Lindau? Und warum wurde dieses Schriftstück seither weder von OB Seidl, noch vom neuen bayerischen Wirtschaftsminister Zeil der Lindauer Öffentlichkeit zugänglich gemacht? Die Aktionsgemeinschaft für den Erhalt des Inselbahnhofs Lindau fordert seither, dass der vollständige Wortlaut dieses Gutachtens samt aller Nebenrechnungen der Lindauer Öffentlichkeit unverzüglich zugänglich gemacht wird. Diese Forderung unterstützen inzwischen auch die Bunte Liste, der Grünen-MdL Adi Sprinkart und die SPD Lindau.



Die Bahn kommt ... mit maßlosen Forderungen

In diesem Gutachten wird laut Presse von einer „anstehenden Sanierung des Bahndammes“ auf Kosten der Stadt Lindau geschrieben. Aktiven Eisenbahnern in Lindau ist nicht bekannt oder aufgefallen, dass der Bahndamm eine außergewöhnliche Sanierung nötig hätte. Dagegen wäre eine Verbreiterung der beiden

Bootsdurchlässe im Interesse der Freizeitkapitäne auf dem „Kleinen See“ durchaus wünschenswert. Der Bau des Lindauer Bahndammes wurde 1852/54 von der damaligen königlichen Bayerischen Eisenbahnbau-Gesellschaft mit öffentlichen Steuergeldern bezahlt. Es liegt kein nachvollziehbarer Grund vor, warum eine angeblich notwendige teure Sanierung heutzutage aus der Kasse der Stadt Lindau finanziert werden soll, außer dem Schielen auf maximalen Profit im Interesse der drohenden Börsen-Teilnotierung des DB-Konzernanteils „Mobility & Logistic“ samt der darin eingeschlossenen DB Regio.

Der Konzernbereich Eisenbahn-Infrastrukturunternehmen EIU innerhalb der DB AG erhält jährlich bundesweit 2,5 Milliarden Euro für die Erhaltung und Instandsetzung des Eisenbahnnetzes aus Steuergeldern der Bundesregierung. Hinzu kommt jährlich eine weitere knappe Milliarde Euro, die das DB-EIU für Struktur-Neubaumaßnahmen aus Bundesmitteln erhält. Zusätzlich erhält die Abteilung Nahverkehr des DB-Konzerns, die zu 24,9% an der Börse privatisiert werden soll, weitere 6,8 Mrd. Euro jährliche Regionalisierungsgelder aus dem Bundeshaushalt, verteilt über die jeweiligen Landesregierungen, um die eigentlichen Zugfahrten zu finanzieren. Hinzu kommen die Gelder, welche die DB-AG-Konzernabteilungen EIU sowie „Station und Service“ für die Benützung der Bahntrassen und der Bahnhöfe von privaten Eisenbahngesellschaften bzw. den an-

deren Konzern-Abteilungen der DB AG selbst erhält. Zum Schluss kommen dann noch die Gelder hinzu, welche die DB AG beim Verkauf der Bahncard und der Fahrkarten einnimmt. In der Summe ist dies mehr als genügend Geld, um dem entsprechenden gesetzlichen Auftrag gerecht werden zu können, mit diesen Geldern den Bahnverkehr aufrecht zu erhalten, die Eisenbahninfrastruktur zu erhalten und zu sanieren. Alle weiteren Begehrlichkeiten, wie die nun erwünschten Gelder für den Erhalt des Bahnhofs und des Bahndammes in Lindau für den Bahnverkehr sind dreiste Maßlosigkeiten eines auf Börsenrendite getrimmten Managements. Warum nun aber unterstützt Bayerns neuer Wirtschaftsminister Zeil (FDP) das unsachliche Erpressungsmanöver des DB-Managements, indem er sich in der LZ vom 25.11.2008 u. a. wie folgt zitiert lässt: „Jetzt geht es um die Finanzierung der erforderlichen Infrastruktur ... Die Stadt muss jetzt ihrerseits klären, welchen Beitrag sie zu leisten bereit ist.“ Dies aber ist nicht die sachlich richtige Fragestellung für die Anfang 2009 anstehenden Verhandlungen. Die Bahnhofsverlegungspläne samt der damit verbundenen Verschlechterungen für die Eisenbahnanbindung des Stadtzentrums stammen vom DB-Management, nicht von der Stadt Lindau. Die Bahnanlagen samt Bahndamm wurden während der vergangenen 152 Jahre bereits mehr als einmal durch Steuern und Fahrkarteneinnahmen finanziert. Lindaus interessierte Öffentlichkeit erwartet, dass dies den auf Börsennotierung orientierten DB-Managern und dem neuen Wirtschaftsminister deutlich gemacht und den DB-Gewaltigen nicht zusätzliche lokale öffentliche Gelder übergeben werden für Maßnahmen, die ihre ureigenste DB-Aufgabe sind.

Der Eurocity ist nicht alles!

Sollte die erfreuliche Elektrifizierung der Strecke München-Lindau tatsächlich bis 2015 realisiert sein, werden auch dann die Eurocity-Züge von und nach Zürich/München den Hauptbahnhof auf der Insel ansteuern müssen. Ein drohender neuer Bahnhof in Reutin wird bis dahin noch lange nicht erstellt sein. Die Elektrifizierung auch des Streckenabschnitts Holdereggen/Bahndamm muss gemäß des entsprechenden Stadtratsbeschlusses bis 2015 ebenfalls verwirklicht sein. Elektrisch angetriebene Züge sind auch die Zukunft aller lokalen und regionalen Züge von und nach Lindau (derzeit 91,2% der täglich 125 Lindauer Zugangebote), wie z. B. eine kommende Bodensee-S-Bahn, die in Vorplanung befindliche Südbahnelektrifizierung von Ulm über Friedrichshafen nach Lindau und wie es die ÖBB von Vorarlberg aus bereits heute vormachen. Die beiden Stellwerke im Hauptbahnhof aus dem Jahr 1921 haben derzeit eine gültige Betriebserlaubnis des Eisenbahnbundesamts bis zum Jahre 2012, mit der Option auf eine Verlängerung. Der drohende Teil-Börsengang der DB AG wurde zwischenzeitlich wegen zu niedriger Aktienkurse zwar verschoben. Wir hoffen, er findet nie statt. „Gutachten“ und Erpressungsmanöver wie die oben erwähnten zeigen aber, zu welchen finanziellen Maßlosigkeiten und Winkelzügen das obere DB-Management angesichts drohender Renditeerwartungen von Aktienbesitzern bereit ist. Dagegen kämpft das Bündnis „Bahn für alle“. E-Mail: kontakt@DeineBahn.de und 60329 Frankfurt/Main, Münchener Str. 48

CHARLY SCHWEIZER

„Bad governance“

Schlechte Regierungsführung!

Ende der 1980er Jahre wurde der Begriff „good governance“, zu deutsch: „gute Regierungsführung“, geprägt. Darunter versteht man: gut funktionierende demokratische Institutionen, Strukturen, Gesetze und Verhaltensregeln. Von den verantwortlichen Politikern und Verwaltungen wird erwartet: Unabhängigkeit, Verantwortungsbewusstsein, ethische Festigkeit, Rechtsstaatlichkeit, Gerechtigkeit, Transparenz, Partizipation, Effizienz und, vor allem, nachhaltiges Denken. Die Regierungs- und Verwaltungspraxis hat aber auch den Begriff „bad governance“, die „schlechte Regierungsführung“, für das Versagen der Regierungsführung hervorgebracht. Zum Mangel an den genannten positiven Merkmalen kommen weitere Merkmale hinzu: Willkür, Klientelwirtschaft, Korruption, Inkompetenz, Täuschen und Lügen, Eigennutz. Die derzeitige politisch-wirtschaftliche Gesamtsituation ist das Ergebnis schlechter Regierungsführung. Auch auf kommunaler Ebene wirken diese Phänomene-

ne. Hier kommen sie meist bieder und volkstümlich verbrämt daher. So fordern die neoliberalen Lindauer Wirtschafts-, Finanz- und BürgervertreterInnen – trotz leerer Kassen – vehement weiter u. a. die Verlegung des Insel-Bahnhofs nach Reutin, den Verkauf des Inselbahnhofs-Areals und der Hinteren Insel zum Bau einer neuen Kongresshalle, neue Parkhäuser, neue Bahnunterführungen und den Kauf des Hafens. Begründet wird das mit angeblichen Sachzwängen und geschönt mit vagen Finanzierungsversprechen. Verbesserungsvorschläge der Bunten Liste in ökologischen, umwelt- und verkehrstechnischen Bereichen – wie die Entschleunigung des Straßenverkehrs, großzügigeren Radfahrerregelungen, Reduzierung des Flächenverbrauchs, Verbot von Laubsaugern und motorischen Kleingeräten, Verringerung des Pflegestandards für Grünflächen und Wege, Bau von Solardächern und Windkraftanlagen, Bescheidenheit in allen Bereichen – werden in der Regel von der Stadtratsmehrheit mit kurz-

Abendland untergegangen

Bayerische Landtagswahl: CSU weit unter 50 Prozent

Das Beben von Bayern: Die CSU erreicht nur noch 43 Prozent – so wenig wie zuletzt 1954 – und verliert die absolute Mehrheit – erstmals seit anno 1962. Damit endet eine Ära SEITE 2, 3, 4



... so titelte die Berliner taz nach der Wahlniederlage der CSU

Kaum zu erwarten war, dass mit dem Verlust der absoluten Mehrheit umgehend die viel zitierten Kreuzfische aus bayerischen Klassenzimmern verschwunden sein werden. Obschon grundlegende Veränderungen in der Bildungspolitik von unabhängigen Beobachtern erwartet wurden. Zumal galt die verkorkte Bildungspolitik mit als Ursache für das CSU-Desaster. Auch der Koalitionspartner FDP stellte bekanntlich bessere Bildung in den Fokus des Wahlkampfes, versprach sogar die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems. Umso enttäuschter dürften die Hoffnungsvollen im Bildungsbereich gewesen sein, als nach Abschluss des Koalitionsvertrags nur noch heiße Luft übrig blieb. Von „Gelenkklassen“ und dem Ausbau der unverbindlichen Ganztags-Grundschule ist nun die Rede, und dies sollen die Heilsbringer für die nächsten fünf Jahre sein. Wie sich politische Einsichten nach Wahlen ändern können, kann man darüber hinaus auch im Kleinen, nämlich an Hand des Lindauer Stadtrats studieren: Vor rund eineinhalb Jahren – also zu Beginn der heißen Phase des Kommunalwahlkampfes – herrschte im Lindauer Stadtrat Einigkeit gegen den Plan des Großschulamts aus Immenstadt, die Hauptschulen Reutin und Aeschach zusammenzulegen. Mit großer Mehrheit wurde das versteckte Sparprojekt damals unter Einbeziehung des Elternbeirats abgelehnt! Das bürgerliche Lager, allen voran die Oberbürgermeisterin, wettete gegen die konzeptionslosen Pläne des Schulrates und profilierte sich als Retter der Lindauer Schulen. Als nach der Stadtrats- und der Landtagswahl das Großschulamt mit haargenau den gleichen Plänen zur Zusammenlegung aufwartete, stimmten diesmal die Opportunisten der Fraktion aus CSU- und Freien Bürgern, wieder angeführt von OB Seidl, für eine Zusammenlegung der beiden Hauptschulen. Wie es scheint, wollte sich Frau Seidl durch dieses Wendemanöver sehr schnell eines lästigen Themas entledigen, um sich ihr wichtigeren Dingen wie z. B. der Tagungshalle zuwenden zu können – allein in der Hoffnung, damit der Schulflucht Lindauer SchülerInnen nach Baden-Württemberg entgegenzuwirken. Leider hat die Stadt Lindau mit dieser vorschnellen Entscheidung ihre einzige Möglichkeit aus der Hand gegeben, der Staatsregierung für deren verfehlte Bildungspolitik die Rote Karte zu zeigen. Zudem wurde die Glaubwürdigkeit der Politik durch die Entscheidung der Wendehälse wieder einmal ein Stück mehr beschädigt; dies trägt weiter zum allgemeinen Vertrauensverlust bei. Immerhin folgte der Stadtrat anlässlich der Haushaltsberatungen einstimmig dem Vorschlag der Bunten Liste, ausreichende Finanzmittel für ein optimales Schulentwicklungs-konzept bereitzustellen.

MATTHIAS KAISER

greifenden Argumenten und oft aus dem Bauch heraus als unrealistisch, am Markt vorbei, zu teuer etc. abgeschrieben.

„Bad governance“ hat in Lindau, in „guten Jahren“ einen Schuldenberg von über 35 Mio. Euro angehäuft. Doch trotz düsterer Wirtschafts- und Steuereinnahme-Prognosen halten die bürgerlichen Parteien und Gruppen im Stadtrat ungeboren an ihren Ansprüchen fest.

LOTHAR HÖFLER

Impressum

V.i.S.d.P.: KarlHeinz Brombeis, Hasenweidweg 31, 88131 Lindau (B)

Auflage: 12.000 Exemplare

Redaktion: KarlHeinz Brombeis, Uwe Peschka

Produktion: Pit Hartmann

www.bunteliste.de